Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 10. Beauftragt mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden. 1915.

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

(Fortsetzung der Sitzung vom 1. Dezember.)

Abg. Dr. **Böhme** (kons.):

Die Redner sämtlicher Fraktionen hätten darauf hingewiesen, daß auch innerhalb des Landes dieser oder jener Berufsstand Hervorragendes geleistet und wesentlich dazu beigetragen habe, die Ziele der Siege unserer Truppen auch für die Zukunft zu gewährleisten. Er wolle sich enthalten, den einzelnen Ständen das Zeugnis dieser Opferwilligkeit auszustellen, er wolle nur wünschen, daß diese Opferwilligkeit und diese Pflichttreue im Lande auch weiterhin anhalte, dann könne man des Sieges, den die Truppen gewiß erfechten würden, auch im Inlande gewiß sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wenn er sich den Einzelheiten zuwende, so müsse er zunächst zum Gesamtministerium eine persönliche Bemerkung machen, die die Ordenskanzlei betreffe. Es liege ihm fern, ein Recht der Krone zu kritisieren. Aber nach seinen Erfahrungen draußen im Felde halte er es für seine Pflicht, den Stellen, die die Krone in dieser Frage berieten, einige Wünsche in der Deputation zu unterbreiten, Wünsche, von deren Erfüllung er annehme, daß manche Mißstimmung, die bei Auszeichnungen bis hinunter in die Mannschaften sich gezeigt habe, beseitigt werde. (Sehr richtig! rechts.) Beim Ministerium des Innern komme er zunächst auf die mittelständischen Fragen, die soeben in der Rede des Hrn. Ministers des Innern berührt worden seien. Es könnte den Anschein haben, als ob seine Fraktion diesen Wünschen nicht mit der alten Wärme gegenüberstände, die sie immer gezeigt habe. Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Haltung der Regierung nach seiner Auffassung erst durch den Antrag Biener und Gen., der im letzten außerordentlichen Landtag eingebracht worden sei, hervorgerufen worden sei. (Sehr wahr! rechts.) Zu den Äußerungen des Hrn. Ministers möchte er nur zweierlei hervorheben. Er vermisse einmal als Begründer des Antrags die Begründung einer Mittelstandsbank, welchem Gedanken die Staatsregierung im letzten ordentlichen Landtag sympathisch gegenübergestanden habe. Sodann scheine ihm die Lösung, welche die Staatsregierung gesucht habe, indem sie die Gemeinden mit als Darlehnsnehmer herangezogen habe, doch nicht ganz die richtige zu sein. Er behalte sich allerdings hier seine Stellung und vor allen Dingen die Stellung seiner Fraktion für die Zukunft noch vor. Aber ihm wolle doch scheinen, daß die Gemeinden, die in dem gegenwärtigen Kriege in ihren Pflichten so hoch angespannt worden sind, nicht noch mit größeren Lasten überbürdet werden dürfen. Beim Ministerium des Innern möchte er noch daran erinnern, daß nach Mitteilungen, die ihm aus dem Lande geworden seien, die Frage der Durchführung des Wassergesetzes noch recht im Argen liege (Vizepräsident Opitz: Sehr rechtig!), wenn er auch zugebe, daß natürlich die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen man jetzt lebe, auch hier der Hinderungsgrund sei. Redner kommt dann auf die Vereinheitlichung der elektrischen Versorgung des Landes zu sprechen. Seine Partei stehe diesem Gedanken durchaus wohlwollend gegenüber und sehe in ihm die Lösung einer eminent wichtigen Frage. Er erkenne an, daß die Staatsregierung trotz der Schwierigkeiten die Frage energisch angegriffen habe, zumal sie zugesichert habe, daß voraussichtlich schon im Jahre 1917 das Projekt durchgeführt sein werde. Redner geht auf die Schwierigkeiten kurz ein, die der Lösung der Frage in verschiedener Richtung entgegen ständen. Trotzdem sei sie aussichtsreich, zumal der Staat diese Aufgabe in engsten Zusammenhang bringe mit der Erwerbung von Kohlenfeldern. Er möchte der Staatsregierung bei dieser Gelegenheit den Gedanken zur Erwägung anheim geben, auf andere Weise Elektrizität zu erzeugen und das gewaltige Stromnetz, das sich dann über den Bundesstaat Sachsen spannen werde, auch von anderen Stellen zu speisen. Er denke an die Talsperren. Zum Kapitel des Finanzministeriums seien alle sich darin einig, daß der Staat nicht zurückstehen dürfe gegenüber Reich und Gemeinde in der Kriegsfürsorge und in der Fürsorge für die Arbeitslosen und der Teuerungszulagen. Er vermöge hierbei die Haltung des Finanzministeriums, wenn sie vorsichtig sei, durchaus zu billigen. Er sei der Auffassung, daß der erste, der dazu verpflichtet sei, hier helfend einzugreifen, das Reich sei. (Sehr wahr! rechts.) Er halte auch die Haltung des Finanzministeriums um deswillen für richtig, weil man heute noch gar nicht alle die Möglichkeiten, alle die Verpflichtungen, die einmal auf diesem Gebiete an Gemeinden und Reich und Bundesstaaten herantreten könnten, übersehen könne. Deshalb sei hier Vorsicht in der definitiven Stellungnahme geboten. Redner wendet sich dann den Ausführungen des Abg. Dr. Seyfert über die Unterstützung des Hausbesitzes zu, die dieser mit der Frage der Wohnungsfürsorge in Verbindung gebracht habe. Er glaube, man müsse da vorsichtig sein, weil es da manche Differenzen gebe. Beim Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts unterschreibe er gern die Worte des Abg. Dr. Seyfert über die wichtigen und wesentlichen Vorgänge, die sich auf dem Gebiete des deutschen Geisteswesens gezeigt hätten. Er möchte insbesondere wünschen, daß der Zug tiefer Religiosität, der durch das Volk gehe, recht lange, wenn möglich, für immer erhalten bleiben möge (Bravo! rechts), denn er habe die Überzeugung, daß darin der Schlüssel zur Begründung dieses ungeahnten Siegeslaufes der deutschen Heere liege. Er möchte deshalb an das Kultusministerium die herzliche Bitte richten, aufmerksam alles zu prüfen und jede Möglichkeit zu erwägen, die dazu angetan sei, diesen Geist in dem Volke nicht bloß in den Truppen, sondern auch im Inlande festzuhalten. — Die Warnung, die der Abg. Dr. Seyfert dann an das Kultusministerium bezüglich der Vorerziehung der Jugend für das militärische Alter gerichtet habe, scheine ihm nicht ganz unberechtigt zu sein. Es dürfe in den jungen Leuten nicht der Glaube erweckt werden, sie wären schon Soldaten. Auch er sehe die Vorerziehung von einem ganz anderen Standpunkte an und hoffe, sich da in Übereinstimmung mit der Auffassung der Kreise zu bewegen, die diese Bewegung förderten. Das, was das Heer groß gemacht habe, worin der Wert des Heeres liege, scheine ihm darin begründet zu sein, daß es dem Heere gelungen sei, den einzelnen Staatsbürger, der eintrete, zu einer Persönlichkeit zu erziehen. (Sehr richtig! rechts.) Dazu sei die Schule, die zwar die Intelligenz bilde, den jungen Mann erziehe, wegen allzu großer Jugend der Kinder nicht in der Lage. Er möchte also bitten, daß diese Vorerziehung für das Militär sich als Hauptgesichtspunkt setze, den Charakter, den Willen der Betreffenden auszubilden, daß sie allmählich zu vollen Persönlichkeiten heranwachsen. Beim Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten komme er zu einem Kapitel, das ihm in der gegenwärtigen Zeit von einer ganz eminenten Wichtigkeit und Bedeutung erscheine, dem Kapitel: Gesandtschaften. (Sehr richtig! rechts.) Seine Partei habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Gesandtschaften nötig seien. Sie seien aber noch mehr denn je nötig in der gegenwärtigen Zeit. (Sehr richtig! rechts.) Nur auf eins müsse man dabei sein Augenmerk richten, daß sie von Männern besetzt sein müßten, die ihrer Aufgabe voll gewachsen seien. (Sehr richtig! rechts.) Er wolle sich eines Urteiles über die gegenwärtige Besetzung enthalten, aber an der Hand der ausgeworfenen Mittel für diese Posten die Behauptung aufstellen, daß der Tüchtige, der Begabte, der nicht im Besitze von ausreichenden Mitteln sei, es wohl werde ablehnen müssen, bei den Summen, die ausgeworfen seien, diese Posten zu beziehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Gesandten müßten entschieden in die Lage gesetzt werden, entsprechend der Würde des Staates an diesen beiden Orten wirken zu können. Redner bespricht im Zusammenhang damit in ausführlicher Weise das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche. Es scheine so, als ob sich die Grundlagen der Stellung des Reiches zu den Bundesstaaten etwas verschoben hätten. (Abg. Dr. Spieß: Leider!) In den letzten Jahren sei die Stellung des Bundesrates nach seiner Auffassung eine etwas andere geworden als früher. Er glaube, es habe sich hier in Abweichung von den föderalistischen Grundlagen der Verfassung ein Gewohnheitsrecht eingeschlichen, das seine Partei nicht für richtig halte. Der Bundesrat sei der Träger des souveränen Reiches. Im Bundesrate dürften Anträge nach der Verfassung allein die Bundesratsmitglieder bez. die Staaten, die hinter ihnen ständen, stellen. Die Sache habe sich aber anders entwickelt. Die Reichsämter hätten in der Zwischenzeit eine Stellung gewonnen, die ihnen nach der Reichsverfassung nicht zustehe. Diese Ämter hätten selbständige Minister erhalten, die zugleich preußische Minister seien. Die Gesetze würden nicht mehr im Bundesrate von Preußen oder Sachsen oder Bayern eingebracht, sondern von dem betreffenden Reichsamte, das die Vorlage bearbeitet habe. Das sei eine Verschiebung der Kompetenz, wenn auch eine Erleichterung der Arbeit. Er möchte die Staatsregierung bitten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es handle sich um die Abgrenzung der Aufgaben des Reiches gegenüber den Aufgaben der einzelnen Bundesstaaten. Es seien da einige Entgleisungen vorgekommen, und er möchte wünschen und bitten, daß die Staatsregierung, in aller Milde natürlich, aber in energischer Wahrung der Interessen des Bundesstaats dahin wirke, daß künftig derartige Entgleisungen nicht mehr vorkämen. Eines möchte er dabei bemerken. Der Forderung der Sozialdemokratie, die Einkommensteuer dem Reiche zuzugestehen, könne er nicht zustimmen. Wenn der Abg. Fleißner gesagt habe, daß die Konservativen, wenn die Einkommensteuer dem Reiche zugängig gemacht werden sollte, immer den Einwand brächten, das grenze an die Konfiskation des Vermögens, und im Zusammenhange darauf hingewiesen habe, in welcher Weise jetzt England die Kriegsgewinnsteuer ausgebaut habe, um die Schulden des Krieges zu tilgen, so sei ihm dabei ein kleines Versehen unterlaufen. Eine derartige Kriegsgewinnsteuer, wie in England, sei nur eine vorübergehende Gelegenheitssteuer, in der niemals eine Konfiskation des Vermögens liege. Das Hauptgewicht liege auch nicht auf dem Worte Konfiskation, sondern darauf, daß durch eine zu starke Anspannung der direkten Steuern die Kapitalbildung hintangehalten werde, wie in Deutschland für das Gedeihen von Industrie und Handel unbedingt notwendig sei. (Sehr wahr! rechts.) Daß die Konservativen einer Gelegenheitssteuer, die einer Konfiskation nahekomme, durchaus nicht entgegen seien, das hätten sie bei der Wehrsteuer bewiesen. Im Anschluß an seine vorherigen Ausführungen möchte er dann noch darauf aufmerksam machen, daß sich auch in der Literatur gegenwärtig eine Bewegung geltend mache, die noch viel weiter gehe und noch stärker die militaristische Ausbildung des Reiches betone. Es handle sich um die Schrift eines Staatsrechtslehrers an der Berliner Universität, des Geheimrats Anschütz: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland", in der dieser seine Gedanken über die künftige Staatsreform im Deutschen Reiche kundgebe. Dieser sage: „Das Reich ist nicht das Vertragsverhältnis, sondern der Herr seiner Gliedstaaten." Damit verschiebe er mit einer Handbewegung die ganze Grundlage der Reichsverfassung. Er möchte doch dem Herrn Staatsrechtslehrer anheimstellen, den Eingang der deutschen Reichsverfassung zu lesen. Wie ein Staatsrechtslehrer an der ersten Hochschule in Deutschland so etwas schreiben könne, sei ihm unverständlich. Wie sich der Herr die weitere Entwickelung der Reform der deutschen Reichsverfassung denke, sage er auf Seite 50 seiner Schrift: „Hier müssen Reformen einsetzen. Ihre Richtlinie liegt, wie es mir scheint, klar, kann aber hier nur angedeutet werden. Die „Reichsleitung" muß die einzige, muß die Reichsregierung werden, eine im Kaiser gipfelnde, durch dessen Minister, den Reichskanzler und die Staatssekretäre (deren Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage schärfer zu betonen und durch geeignete Einrichtungen auszubauen wäre) tätige Reichsregierung, auf welche die jetzt vom Bundesrate ausgeübten Regierungsgewalten übergehen. Der Bundesrat wird aus einem regierenden zu einem parlamentarischen Faktor, zu einem neben den Reichstag tretenden — einflußreichen — Reichs-Oberhause, das zugleich die Funktionen eines Staatsrats versieht." Weiter sage er, daß der Kaiser zum obersten Träger der Reichsgewalt, zum Souverän des Reiches erhoben werden solle. Diese Ausführungen hätten, wie er höre, auch starken Anklang in der Bevölkerung gefunden, welche die Verhältnisse, insbesondere den Inhalt der Reichsverfassung zu beurteilen nicht in der Lage sei. Er bitte, daß die Regierung solchen Publikationen ihre Aufmerksamkeit schenken und vielleicht mit der Reichsregierung oder im Bundesrate ins Vernehmen trete, wie man dort derartigen Bestrebungen gegenüber stehe. Die Sache sei nicht unwichtig, und er möchte fragen, ob unter dem Schutze des Burgfriedens solche Äußerungen von solcher Stelle zulässig seien. Man könne ja darüber verschiedener Ansicht sein. (Abg. Nitzschke-Leutzsch: Sehr richtig!) Er wolle damit lediglich die Wahrung der sächsischen Interessen in die Hand nehmen. Darüber seien sich wohl alle einig, daß man an dem föderalistischen Prinzip festhalten müsse, und daß sich die Stellung der Bundesstaaten innerhalb des Reiches nicht verschieben dürfe. Redner präzisiert hierauf im Auftrage seiner Fraktion deren Standpunkt in der Frage der sächsischen Eisenbahnhoheit, die vom Abg. Dr. Riethammer besprochen worden ist. Die Reichsverfassung spreche sich in klarer Weise darüber aus, wie die Bahnfrage behandelt werden solle. Wenn der Art. 42 der Reichsverfassung präzis durchgeführt werde, so erübrigten sich die Bestrebungen der Nationalliberalen nach einer weiteren Vereinheitlichung der Bahn. Seine Partei müsse an der Bahnhoheit aus zwei Gründen festhalten: einmal, weil die Einkünfte aus den Bahnen für die sächsischen Staatsfinanzen ein ganz wesentlicher, vielleicht der wesentlichste Verdienst seien, und zweitens — ein Punkt, den auch der Hr. Abg. Dr. Riethammer ganz besonders anerkenne —, weil die Berücksichtigung lokaler Wünsche von hier aus eher zu erwarten sein dürfte, als wenn das von der Zentralstelle aus geschehe. (Sehr richtig! rechts.) Diese lokalen Wünsche aber seien wesentlich für die Entwicklung des Verkehrs und der sächsischen Industrie. (Sehr richtig!) Wenn der Abg. Dr. Riethammer weiter gesagt habe, der Verkehr sei nicht nur national, sondern international, so könne er das nur mit einer gewissen Einschränkung gelten lassen. Sachsen habe zunächst natürlich nur Interesse an dem Ausbau seines sächsisch-nationalen Verkehrs. Daß das sächsische Verkehrswesen natürlich tot wäre, wenn es nicht einen rechten Anschluß an die umliegenden Verkehrsadern habe, das sei selbstverständlich, und er unterschreibe deshalb die großzügigen Gedanken über die Perspektive: von Hamburg bis Bagdad unter Eingliederung unseres sächsischen Eisenbahnsystems. In bezug auf die Frage der Wasserstraßen bestehe für Sachsen die Notwendigkeit, vielleicht durch eine Verbindung zwischen Elbe und Donau die Verkehrsmöglichkeiten der Elbe für Sachsen in ausgiebigster Weise auszunützen. Nach dieser Richtung möchte sich die Aufmerksamkeit der Regierung richten, zu der er das Zutrauen habe, daß sie in all den Punkten, die er angeführt habe, mit der nötigen Umsicht und Vorsicht und auch mit dem nötigen Entgegenkommen gegen andere bundesstaatliche Interessen, aber auch mit der nötigen Festigkeit in der Wahrung der sächsischen bundesstaatlichen Interessen vorgehen werde. (Lebhaftes Bravo!)

Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt

(nach den stenographischen Niederschriften)

geht zunächst auf die Äußerungen der einzelnen Redner zur politischen Lage ein und fährt dann fort:

Was den Aufsatz des Hrn. Prof. Anschütz in der „Zeitschrift" anlangt, die der Hr. Abg. Dr. Böhme soeben im Laufe seiner Ausführungen erwähnt hat, so stimme ich mit dem Hrn. Abg. Dr. Böhme durchaus in der Beurteilung dieser Ausführungen überein. Auch ich halte sie für durchaus abwegig und verkehrt. Ich glaube aber nicht, daß man diesen Ausführungen eine besondere politische Wichtigkeit wird beimessen können (Sehr richtig! in der Mitte), da diese Ansichten von denjenigen der maßgebenden Stellen in Berlin durchaus abweichen und wir keinen Anlaß haben, daran zu zweifeln, daß der Reichskanzler und alle maßgebenden Stellen in Berlin durchaus auf dem von dem Hrn. Abg. Dr. Böhme vorhin charakterisierten föderalistischen Standpunkte stehen.

Nun hat der Hr. Abg. Dr. Böhme aber doch gemeint, die Aufmerksamkeit der Regierung darauf hinlenken zu sollen, daß in den Kreisen der Reichsämter ein neues Gewohnheitsrecht bestehe, das sich in Abweichung von den föderalistischen Grundlagen der Verfassung ausgebildet habe. M. H.! Ich muß das bestreiten. Wir haben keinen Grund zur Beschwerde und wir haben nicht die Erfahrung gemacht, daß sich ein anderes von der Verfassung abweichendes Gewohnheitsrecht gebildet habe. (Hört, hört! in der Mitte.) Es kann sich höchstens um eine Praxis handeln, welche die Geschäfte erleichtert. Es wird von den Reichsämtern durchaus daran festgehalten, daß ihre Vorlagen Vorlagen der preußischen Regierung sind und daß diese in den Reichsämtern vorbereiteten nur mit der preußischen Stimme beim Bundesrate eingebracht werden können. Dieser strenge Standpunkt, der vom Reichskanzler in korrekter Weise eingenommen wird, ist uns sogar oft sehr unbequem gewesen; denn es ist uns wiederholt, wenn wir über die Absichten des Reichskanzlers uns haben unterrichten wollen, gesagt worden, ich bin nicht in der Lage, Ihnen darüber eine Auskunft zu geben, weil ich mich erst der preußischen Stimme versichern muß und erst wissen muß, wie die preußische Regierung dazu steht. Wir haben demgegenüber das Interesse, daß Angelegenheiten, die unter Umständen nicht nur von Preußen, sondern auch von anderen Staaten angeregt worden sind oder in anderen Staaten öffentlich erörtert werden, in Berlin von einer Stelle bearbeitet werden, bei der wir unsere Interessen vertreten können, einer Stelle, die mit den sämtlichen deutschen Staaten in Berührung ist. Wenn uns nun von dieser Zentralstelle gesagt wird, wir gehen auf eure Wünsche jetzt nicht ein; denn wir müssen erst mit der preußischen Stimme uns verständigen, so würde das zweifellos nicht in unserem sächsischen Interesse liegen, das vielmehr dahin geht, daß wir möglichst früh mit der Sache befaßt werden. Ich weiß nicht, ob ich mich verständlich ausgedrückt habe. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß eine sehr korrekte Handhabung unter Umständen gerade nicht in unserem Interesse liegt und daß wir immer dankbar dafür gewesen sind, wenn die Reichsämter uns von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt haben und wenn sie uns zu gewissen Vorbesprechungen hinzugezogen haben, bevor sie sich der Zustimmung der preußischen Stimme versichert haben.

Einen besonderen Dank möchte ich auch dem Hrn. Abg. Dr. Böhme dafür aussprechen, daß er die sächsischen Gesandtschaften in ihrer Notwendigkeit erwiesen hat. Ich kann nur durchaus mit ihm darin übereinstimmen, daß der Krieg erwiesen hat, daß die Gesandtschaften jetzt notwendiger sind denn je.

Abg. **Schulze** (soz.)

wendet sich zunächst gegen den Ausdruck „Staatshaushaltsetat", der besser zu verdeutschen sei. Hierauf verbreitet sich der Redner des längeren über die Gründe, die seine Partei veranlaßt hätten zur Einbringung des Antrages Nr. 5, daß den Beamten und Arbeitern in den Staatsbetrieben Teuerungszulagen gewährt würden, und zwar bis zu 3000 M. Einkommen. Es bestehe eine offensichtliche Notlage für diese Schichten der Bevölkerung. Er glaube deshalb, daß der Landtag unverzüglich an die Bewilligung der Zulage gehen werde, schon aus Gründen der Volksgesundheit, da durch die Verteuerung der Lebensmittel für die Familien mit so niedrigem Einkommen die Gefahr der Unterernährung bestehe. Zum Etat im allgemeinen möchte er sagen, daß der vorgelegte Etat die Wirkungen des Krieges nur zu einem ganz geringfügigen Teile erkennen ließe. Die Zeit nach Friedensschluß sehe er durchaus nicht optimistisch an, er glaube wie sein Parteifreund Fleißner eher, daß mit der bisherigen Höhe der Steuern nach dem Kriege unmöglich auszukommen sei. Deshalb habe sich seine Partei bei Stellung der Anträge, die Geldmittel beträfen, auf die Forderungen beschränkt, die aus der Not der Zeit geboren seien und unabhängig vom Kriege und seinen Folgen erledigt werden müßten. Vor allen Dingen glaube er, daß auch die Darlehen und jene Mittelstandsanträge, die seit langen Jahren Gegenstand der Besprechung in diesem Hause gewesen seien, unter diesem Gesichtspunkte mit beurteilt werden müßten. Soweit es sich um Unterstützungen bei direkten Notlagen als Folgen des Krieges handle, seien diese Mittel selbstverständlich bereitzustellen. Wenn es sich aber darum handle, zurückgegangene oder untergegangene Gewerbebetriebe wieder flott zu machen, so könne das nur in der Weise geschehen, daß Darlehne gegeben würden. Im übrigen sei seine Partei natürlich durchaus dafür, daß überall da, wo sich die Wirkungen des Krieges auch während des Krieges zeigten, der Staat helfend einzugreifen habe. Die Einzelheiten dieser Fragen würden sich am besten in der Deputation besprechen lassen. Sodann erklärte sich der Redner gegen den Abg. Biener, daß der Staat zur Entlastung der Gemeinden und Erleichterung der Darlehnsgewährung die Hälfte der Garantie übernehmen sollte. Der von einigen Sozialdemokraten für den Fall eines Krieges vorausgesagte Zusammenbruch sei nicht erfolgt, aber der innerste Charakter der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich das freie Spiel der Kräfte, sei zusammengebrochen. Dieses sei vom 4. August ab systematisch durch die Verordnungen des Bundesrates unterbunden worden. Er erinnere an die Gründung von Rohstoffgesellschaften zur Abschätzung des Bedarfs von Heer und Industrie und ihre Verteilung an die Produzenten, die Beschlagnahme von Leder, von Metallen, von Gummi, die Einstellung des privaten Automobilverkehrs, die Wegnahme der staatlichen Automobile, die staatliche Förderung von Erfindungen, die Errichtung neuer Fabrikanlagen mit Staatshilfe unter der Verpflichtung zur Übernahme bestimmter Produktionsverpflichtung. An die Stelle des freien Spieles der Kräfte sei getreten eine Bedarfsregelungswirtschaft. Er erwähne noch die völlige Umwälzung des Transportwesens, die Eingriffe des Staates in das Eisenbahnwesen in bezug auf die Heranschaffung von Rohmaterial für die Privatindustrie, nicht zuletzt an die Verstaatlichung der Regelung des Kreditwesens. Die

SLUB
Wir führen Wissen.